

Der Prämien-Skandal am UK Met. Office

geschrieben von Chris Frey | 6. Oktober 2024

Cap Allon

Das UK Met Office [UKMO] hat wieder einmal bewiesen, dass es nicht viel mehr als eine aufgeblähte, von der Agenda gesteuerte Bürokratie ist – ein weiteres Rädchen in der globalistischen Maschinerie, die das AGW-Narrativ vorantreibt.

Obwohl die Mitarbeiter dieses glorifizierten Kristallkugel- und Teeblattlesebetriebs immer wieder versagen, wenn es darum geht, genaue Wetter- und Klimavorhersagen zu machen, erhielten sie im vergangenen Jahr 6,4 Millionen Pfund an Prämien, womit letztlich Mittelmäßigkeit und Versagen belohnt wurden.

Der durchschnittliche Angestellte des Met Office erhielt etwa 200 Pfund pro Monat zusätzlich, und das alles für „leistungsbezogene“ Leistungen, die nichts mit der tatsächlichen Richtigkeit der Vorhersagen zu tun haben. Das liegt daran, dass die Behörde vor kurzem die Verbindung zwischen Boni und Vorhersagegenauigkeit abgeschafft hat, was bedeutet, dass wiederholte Fehlprognosen, die Vorhersage von „Hitzewellen und ‚klimabedingten‘ Stürmen“, die nie eintreten, aber die AGW-Agenda vorantreiben, jetzt nicht nur die Vorgehensweise der Organisation, sondern auch ein sehr lukratives Unterfangen ist.

Während der britische Steuerzahler wie nie zuvor unter Druck steht, wurden 6,4 Millionen Pfund an „leistungsbezogenen“ Prämien an die bedauernswert ungenauen, Phantastereien verbreitenden Klimaalarmisten des Met Office ausgezahlt. Das ist das gleiche Amt, das sich jetzt anschickt, 1,2 Milliarden Pfund für einen glänzenden neuen Supercomputer in Zusammenarbeit mit Microsoft auszugeben. Man sagt uns, dies werde ihnen helfen, „genauere“ Vorhersagen zu erstellen, und der Himmel weiß, dass das auch nötig ist. Aber angesichts ihrer Erfolgsbilanz, bei der Hype über Substanz und Angst über Fakten geht, wird diese Investition wahrscheinlich nur als teurer Vorwand dienen um sicherzustellen, dass sie weiterhin die AGW-Propaganda betreiben können, während sie sich selbst für ihre „wertvolle Arbeit“ gut bezahlen.

Arbeit wie die unerklärliche Anhebung der Temperaturreihe von Zentralengland (CET) für Juni von $-0,1^{\circ}\text{C}$ auf $0,0^{\circ}\text{C}$, um, wie ich annehme, einen unbequemen negativen Wert zu vermeiden:



Electroverse

@Electroversenet · Follow



Sometime in the last 24-hours, the Central England Temperature reading for June was inexplicably warmed from -0.1C to 0.0C (vs 1961-1990 avg).

This is the longest-running temperature dataset in the world. Can it still be trusted? UK Met Office, explain yourselves:

June	14.0	-0.1	
July	14.1	-1.9	provisional to the 3rd

Pre-tweak.

June	14.0	0.0	
July	14.5	-1.5	provisional to the 15th

Post-tweak.

Die TaxPayers' Alliance hat das Wetteramt kritisiert. Der für die Entwicklung der Basis zuständige Benjamin Elks erklärte, dass es kein Wunder sei, dass die Prämien ohne eine Verbindung zur Vorhersagegenauigkeit in die Höhe schießen.

Das Wetteramt behauptet, es habe seine so genannten „Ziele“ erreicht, die jedoch sehr vage sind und nichts mit dem öffentlichen Interesse zu tun haben. Die meisten dieser Ziele sind wahrscheinlich eher an Geschäfts- und Regierungsverträge gebunden als an tatsächliche meteorologische Leistungen, d. h. an die Unterstützer der AGW-Partei.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Met Office zu einem staatlich geförderten Wärme-Hetzer geworden ist, der sich der Verbreitung von Klimawandel-Narrativen schuldig gemacht hat und deren Bedeutung stark aufbläht – während es Versagen mit saftigen Boni belohnt. Der Großteil des Budgets des Met Office, etwa 90 %, stammt von britischen

Steuerzahlern. Aber im Westen gibt es wenig Demokratie – das war schon immer so – also viel Glück, dass die Briten das ändern.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/heavy-september-snow-sweeps-south?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email
(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Kommentar des Übersetzers dazu: Ich denke mal, dass wir beim DWD noch nicht so weit sind wie beim UKMO. Zwischen den Zeilen jedoch ist der mächtige Zorn des Autors Cap Allon ob dieser Zustände zu spüren.

Der US-Kongress und Gerichte ebnen den Weg für Klima-Phantasterei und Tyrannei

geschrieben von Chris Frey | 6. Oktober 2024

Paul Driessen

Das linke Ende des politischen Spektrums verfolgt unerbittlich die Umgestaltung von Amerikas Gesellschaft, Geschichte, Wirtschaft, Sprache, Grenzen, Regierungssystemen, Gesundheitswesen, Energie und Lebensstandard. Was man an den Wahlurnen und durch Bündnisse mit den alten Medien und akademischen Institutionen nicht durchsetzen kann, versucht sie durch die Herrschaft nicht gewählter, nicht rechenschaftspflichtiger Bürokraten der Exekutive, durch geheime Klagen und [Gerichtsentscheidungen](#) durchzusetzen, die allzu oft die Regeln der Behörden absegnen.

Anstelle von drei gleichberechtigten Abteilungen der Regierung sind die Befugnisse und Funktionen von Amerikas Legislative und Judikative stetig in eine immer weiter expandierende, fortschreitende und aggressive Exekutive eingegliedert worden. Viele Abgeordnete und Richter haben sich damit abgefunden oder aktiv daran beteiligt.

Die Zahl der Bundesbediensteten ist auf zwei Millionen nicht-militärische Angestellte angeschwollen, die Gesetze und Richtlinien „großzügig“ auslegen, anwenden und durchsetzen. Das Bundesregister mit seinen Verordnungen, Erklärungen und Begründungen hat von 50.998 Seiten im Jahr 1984 auf 90.402 Seiten im Jahr 2023 zugenommen. Nur wenige

können die komplizierten Erlasse lesen, geschweige denn verstehen und befolgen.

Die Mitglieder des Kongresses wollen den Eindruck erwecken, dass sie „etwas tun“, um wahrgenommene Probleme zu lösen, indem sie oft neue Gesetze verabschieden und mehr Geld ausgeben. Doch anstatt schwierige, kontroverse Themen tatsächlich anzugehen, geben sie häufig politische Erklärungen ab, erlassen absichtlich zweideutige gesetzliche Bestimmungen und verlassen sich darauf, dass die Exekutive die vagen Formulierungen auslegt, ausdehnt oder sogar umschreibt, wobei sie meist die Befugnisse und Ziele der Behörden fördern.

Die bahnbrechende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA aus dem Jahr 1984 in der Rechtssache Chevron gegen Natural Resources Defense Council hat diese Zentralisierung der Befugnisse noch erheblich erweitert.

Die „Chevron-Deference-Doktrin“ besagt, dass die Gerichte der unteren Instanzen bei Vorschriften, die sich auf einen mehrdeutigen oder nicht vorhandenen Gesetzestext stützen, stets der Auslegung des Textes durch die Verwaltungsbehörden Folge leisten sollten, solange diese Auslegung „vernünftig“ ist.

Die Chevron-Geschichte hat es den Bundesbehörden ermöglicht, ihren Zuständigkeitsbereich und ihre Kontrolle in Hunderten von Fällen auszuweiten. Betroffene Bürger haben oft kaum Rechtsmittel, solange die Auswirkungen einer einzelnen Vorschrift als geringfügig und die Auslegung der Behörde als nicht offenkundig unvernünftig angesehen werden kann.

In solchen Situationen ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2022 in der Rechtssache West Virginia gegen EPA wenig hilfreich, da sie sich nur mit „wichtigen Fragen“ befasst, d. h. mit Entscheidungen von Behörden, die eine „große“ wirtschaftliche oder politische Bedeutung haben.

Der Gerichtshof hat jedoch vor kurzem mündlich [Argumente](#) zu zwei Fällen angehört, die ihm die Möglichkeit geben, diese umfassende Ehrerbietung gegenüber Bundesbehörden einzuschränken oder zu beenden. In beiden Fällen geht es um die Frage, ob von kleinen Fischerbooten verlangt werden kann, 700 Dollar pro Tag für die Mitnahme von Beobachtern zu zahlen, um sicherzustellen, dass die Boote die Fischereivorschriften einhalten. Das einschlägige Gesetz erlaubt es der Regierung, Fischerboote zur Mitnahme von Beobachtern zu verpflichten – es besagt jedoch nicht, dass die Boote dafür bezahlen müssen, und der Kongress hat nie Mittel für Beobachter bereitgestellt.

Daher entschied der National Marine Fisheries Service, dass er die Befugnis hat, die Boote zur Übernahme der Kosten zu zwingen. Der Fall könnte enorme Auswirkungen auf den ständig expandierenden *Deep State* haben.

Die Richter könnten zugunsten der NMFS entscheiden, obwohl die finanziellen Auswirkungen, die nach den Maßstäben der Bundesverwaltung und des Haushalts gering sind, für die Fischerboote erheblich, ja sogar potenziell ruinös sind.

Sie könnten entscheiden, dass die Auslegung der Behörde in diesem einen Fall „unvernünftig“ war – und diese einzige von Tausenden seit 1984 erlassenen Vorschriften aufheben, während die Chevron-Doktrin intakt und für künftigen Missbrauch verfügbar bleibt.

Oder sie könnten Chevron aufheben. Dies würde die erschreckende Ehrerbietung gegenüber mächtigen Regierungsbehörden beenden, das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative verringern und es den Bezirks- und Berufungsgerichten erschweren, aktivistische Regulierer zu unterstützen.

Eine Umkehrung könnte den Kongress sogar dazu veranlassen, Gesetze zu erlassen, die sich mit schwierigen Fragen befassen, präzise Formulierungen verwenden und die Zügel für nicht gewählte Regierungsbehörden straffen, insbesondere wenn diese Präsidenten dienen, die unsere Energienutzung, unser Einwanderungssystem, unsere Wirtschaft und unser Militär „grundlegend umgestalten“ wollen.

Diese dritte Option würde Amerika auch helfen, Klima- und Energiephantasien sowie Tyrannei [einzudämmen](#).

Es ist sicherlich richtig, dass die meisten US-Bundesmaßnahmen, die ergriffen werden, um „unseren Planeten vor der existenziellen Bedrohung durch den vom Menschen verursachten Klimawandel zu retten“, in ihren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen „wichtig“ oder „bedeutend“ sind – und damit der „Major Questions Doctrine“ des Obersten Gerichtshofs unterliegen.

Allerdings hat der Gerichtshof den Begriff „bedeutend“ nicht definiert. Darüber hinaus können sogar Maßnahmen am Ende bestätigt werden, welche die meisten Amerikaner als „bedeutend“ bezeichnen würden, und die Behörden können behaupten, dass bedeutende Maßnahmen eigentlich „unbedeutend“ sind, oder sie können Gerichtsentscheidungen einfach ignorieren, die nicht ausdrücklich auf die betreffende Behörde oder Maßnahme zutreffen.

Allein im Klima- und Energiebereich können sich Hunderte von „kleinen“ Entscheidungen zu massiven Störungen und Kosten summieren. Es ist sicherlich vernünftig zu argumentieren, dass Fragen der Chevron-Rechtsprechung die Gesamtheit der Auswirkungen untersuchen sollten – und ob eine Entscheidung tatsächlich einen rationalen, evidenzbasierten „Angemessenheitstest“ bestehen kann. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Ist es vernünftig, Bundesbehörden zu bevorzugen, die:

* Regierungsweite Vorschriften zur Beendigung der Kohle-, Erdöl- und

Erdgasförderung und -nutzung in Amerika erlassen, die auf Computermodellen beruhen, deren erschreckende Vorhersagen: (a) auf der Annahme beruhen, dass der Klimawandel und die Wetterereignisse durch Kohlendioxid und Methan aus fossilen Brennstoffen angetrieben werden, die zusammen kaum 0,042 % der Erdatmosphäre ausmachen, und (b) nicht durch tatsächliche, reale [Daten](#) zu Temperaturen, [Tornados](#), [Hurrikanen](#), Überschwemmungen, Dürren und Meeresspiegeln gestützt werden?

* Öl und Gas im Boden zu halten vorschreiben, bevor sie einen praktikablen Plan für den Ersatz von Rohstoffen für Kunststoffe, Pharmazeutika, Düngemittel und Tausende anderer wichtiger Produkte haben?

* Familien und Unternehmen dazu zwingen, Benzinfahrzeuge und Gasöfen, Herde, Öfen und Warmwasserbereiter durch elektrische Modelle zu ersetzen – während die Regulierungsbehörden zuverlässige, erschwingliche Energie aus fossilen Brennstoffen durch intermittierende, wetterabhängige Wind- und Sonnenenergie ersetzen?

* Kohle- und Gaskraftwerke abschalten, bevor ausreichender, zuverlässiger und erschwinglicher Ersatzstrom zur Verfügung steht – und bevor ein einziges Projekt irgendwo auf der Welt gezeigt hat, dass Wind-, Solar- und Batteriestrom allein auch nur ein kleines Dorf mit Strom versorgen können?

* Verlangen, dass Familien angeblich energie- oder Wasser sparende Waschmaschinen und Geschirrspüler kaufen, obwohl die neuen Maschinen länger oder sogar zweimal laufen müssen, um Wäsche oder Geschirr sauber zu bekommen – und damit mehr Strom und Wasser benötigen?

* Elektrofahrzeuge vorschreiben, bevor es genügend Ladestationen, Strom für diese Stationen oder sogar Metalle und Mineralien für die Herstellung aller Elektrofahrzeuge, Ladestationen, Windturbinen, Solarpaneele und Übertragungsleitungen gibt?

* Behaupten, dass Wind-, Solar- und Batteriestrom sauber, grün, erneuerbar und nachhaltig sind, und dabei die enormen Mengen an Bergbau und Verarbeitung ignorieren – nebst der damit einhergehenden Zerstörung von Lebensräumen und Wildtieren, giftige Luft- und Wasserverschmutzung und Kinderarbeit – die mit der Gewinnung der nicht erneuerbaren Metalle und Mineralien für diese Technologien verbunden sind?

* Darauf bestehen, dass die Vereinigten Staaten ihren Verbrauch an fossilen Brennstoffen reduzieren oder ganz einstellen, während China, Indien und 100 andere Länder (einschließlich Deutschland) jedes Jahr mehr Öl, Gas und Kohle fördern und verbrennen?

Die Gerichte sollten das Handeln der Regierung nicht in einem Vakuum betrachten. Viele Behördenentscheidungen sind nur in einem alternativen Universum vernünftig, in dem individuelle und kumulative wirtschaftliche, ökologische und soziale Realitäten keine Rolle spielen.

Die Ära der Chevron-Deference sollte zu Ende gehen.

Paul Driessen is senior policy advisor to the Committee For A Constructive Tomorrow (www.CFACT.org) and author of books and articles on energy, pollution, climate change and human rights.

Link:

<https://cornwallalliance.org/congress-and-courts-enable-energy-and-climate-fantasy-and-tyranny/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Net-Zero-Politik wird sich nur geringfügig auf die Temperatur auswirken, aber katastrophale Folgen für die Menschen weltweit haben

geschrieben von Chris Frey | 6. Oktober 2024

Richard Lindzen und William Happer

Die Vereinigten Staaten und andere Länder auf der ganzen Welt setzen sich mit Nachdruck für Vorschriften und Subventionen ein, um die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2050 auf Null zu reduzieren. Dabei gehen sie von der Annahme aus, die der IPCC am treffendsten formuliert hat: „Es gibt eindeutige Beweise dafür, dass Kohlendioxid (CO₂) die Hauptursache für den Klimawandel ist“ und „für mehr als 50 % der Veränderungen verantwortlich ist“.

Wir sind Berufsphysiker mit besonderer Expertise in der Strahlungsphysik, die beschreibt, wie CO₂ den Wärmefluss in der Erdatmosphäre beeinflusst. Die Physik des Kohlendioxids besagt, dass die Fähigkeit von CO₂, den Planeten zu erwärmen, durch seine Fähigkeit bestimmt wird, Wärme zu absorbieren, wobei diese Fähigkeit mit zunehmender CO₂-Konzentration in der Atmosphäre rasch abnimmt. Diese wissenschaftliche Tatsache über CO₂ ändert alles über die gängige Ansicht über CO₂ und den Klimawandel.

Kohlendioxid ist jetzt nur noch ein schwaches Treibhausgas. Bei der heutigen CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von etwa 420 Teilen pro Million sind zusätzliche CO₂-Mengen kaum in der Lage, Wärme zu absorbieren, so dass es sich jetzt um ein schwaches Treibhausgas

handelt. Bei höheren Konzentrationen in der Zukunft wird die Fähigkeit, den Planeten zu erwärmen, noch geringer sein. Dies bedeutet auch, dass die gängige Annahme wissenschaftlich falsch ist, wonach Kohlendioxid „der Haupttreiber des Klimawandels“ ist.

Kurz gesagt, mehr Kohlendioxid kann keine katastrophale globale Erwärmung oder mehr Wetterextreme verursachen. Ebenso wenig wie Treibhausgase wie Methan oder Distickstoffoxid, deren Mengen so gering sind, dass sie für das Klima irrelevant sind.

Zusätzliches atmosphärisches CO₂ als „Kohlenstoffverschmutzung“ zu bezeichnen, ist völliger Unsinn. Mehr CO₂ schadet nicht. Ganz im Gegenteil, es tut der Menschheit in zweierlei Hinsicht gut: (1) Es sorgt für einen leichten, wohltuenden Temperaturanstieg, der weit unter den natürlichen Schwankungen liegt. (2) Es schafft mehr Nahrung für die Menschen weltweit, worauf wir weiter unten eingehen.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Implikationen

Erstens: Net-Zero-Anstrengungen haben einen trivialen Effekt auf die Temperatur. Mehr vom atmosphärischen Treibhausgas CO₂ wird die Temperatur erhöhen, aber nur geringfügig. Wie sich Veränderungen der atmosphärischen Treibhausgase auf die Strahlungsübertragung auswirken, wird durch präzise physikalische Gleichungen beschrieben, welche die Beobachtungen in der realen Welt immer wieder bestätigt haben.

Wir haben diese Formeln auf die massiven Bemühungen der USA und der ganzen Welt angewandt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 auf Null zu reduzieren.[1] Wir zeigen, dass alle Bemühungen, die Kohlendioxid-Emissionen auf Null zu reduzieren, wenn sie vollständig umgesetzt werden, nur einen geringen Einfluss auf die Temperatur haben werden:

– Net Zero in den USA bis 2050 – nur einen Temperaturanstieg von 1/100 °C (0,01 °C) ohne positive Rückkopplung und nur 3/100 °C (0,03 °C) mit einer positiven Rückkopplung von 4, die typischerweise in die Modelle des IPCC eingebaut wird.

– Net Zero weltweit bis 2050 – nur einen Temperaturanstieg von 6/100 (0,06 °C) oder 25/100 °C (0,25 °C) mit einer positiven Rückkopplung um den Faktor 4.

Diese Zahlen sind trivial, aber die Kosten, um sie zu erreichen, wären für die Menschen weltweit katastrophal.

Zweitens: Die Net-Zero-Politik wird für die Menschen weltweit katastrophale Folgen haben. In den Vereinigten Staaten und weltweit werden die Net Zero-Vorschriften und -Subventionen katastrophale Auswirkungen haben. Dies würde bedeuten, dass Verbrennungsmotoren für den Transport und andere Zwecke abgeschafft würden, obwohl diese die

Kraftwerke, die den größten Teil der weltweiten Elektrizität liefern, Gasheizungen und Kochherde sowie die Ausgangsstoffe für Stickstoffdünger, die die Ernährung von fast der Hälfte der Weltbevölkerung ermöglichen. Die daraus resultierende wirtschaftliche Zerstörung würde massive Arbeitsplatzverluste mit sich bringen, die bereits dort eingetreten sind, wo Subventionen und Vorschriften bzgl. Net Zero Kapital von Investitionen in produktive Anlagen in ineffektive Technologien wie Wind- und Solarenergie umgeleitet haben.

Die Gegner fossiler Brennstoffe ignorieren die überwältigenden Beweise dafür, dass der Anstieg des atmosphärischen Kohlendioxids durch die Verbrennung dieser Brennstoffe die Erde deutlich grüner gemacht und die Pflanzenproduktion gesteigert hat.

Darüber hinaus werden verschiedene Länder den Kauf von Elektrofahrzeugen, Wärmepumpen und Elektrogeräten vorschreiben. Sie werden von den Unternehmen verlangen, Informationen über Kohlendioxid- und andere Treibhausgasemissionen zu melden. Da jedoch mehr Kohlendioxid eine geringfügige und nützliche Erwärmung verursacht, sind diese Daten unwesentlich, irreführend und sehr teuer. Sie sollten nicht verlangt werden.

Drittens: Mehr Kohlendioxid bedeutet mehr Nahrung. Entgegen der landläufigen Meinung erhöht mehr Kohlendioxid die Menge an Nahrungsmitteln, die den Menschen weltweit zur Verfügung steht, und ist besonders in von Dürre betroffenen Gebieten hilfreich. Eine Verdoppelung des Kohlendioxidgehalts auf 800 ppm beispielsweise wird die weltweite Nahrungsmittelversorgung um etwa 60 % erhöhen [2].

Daher sollten die Kohlendioxidemissionen nicht verringert, sondern erhöht werden, damit weltweit mehr Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Außerdem besteht keine Gefahr einer katastrophalen globalen Erwärmung oder extremer Wetterverhältnisse, da Kohlendioxid heute ein schwaches Treibhausgas ist. Eine Verringerung der Kohlendioxidemissionen würde die Menge an Nahrungsmitteln, die den Menschen weltweit zur Verfügung steht, verringern und keinen Nutzen für das Klima bringen.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Viertens: Fossile Brennstoffe dürfen nicht abgeschafft werden. Net Zero erfordert, dass fossile Brennstoffe abgeschafft werden, da sie für etwa 90 % der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Der Verzicht auf fossile Brennstoffe wird jedoch keine Auswirkungen auf das Klima haben, da Kohlendioxid heute ein schwaches Treibhausgas ist. Die Nutzung fossiler Brennstoffe darf nicht abgeschafft werden, sondern sollte ausgeweitet werden, da sie (1) mehr Kohlendioxid liefern, wodurch mehr Nahrungsmittel erzeugt werden können, (2) zur Herstellung von Stickstoffdünger verwendet werden, der die Ernährung von etwa der Hälfte der Weltbevölkerung ermöglicht, und (3) zuverlässige und kostengünstige Energie für Menschen überall auf der Welt bereitstellen, insbesondere

für die zwei Drittel der Weltbevölkerung, die keinen angemessenen Zugang zu Elektrizität haben.[3]

Schlussfolgerung: Alle Net Zero-Kohlendioxid-Vorschriften und -Subventionen in den Vereinigten Staaten und weltweit müssen so schnell wie möglich gestoppt werden, um katastrophale Auswirkungen auf die Amerikaner, Amerika und die Menschen weltweit zu vermeiden, insbesondere in den Entwicklungsländern.

[1] R. Lindzen, W. Happer and W. van Wijngaarden, *Net Zero Avoided Temperature Increase*, ([Net Zero Averted Temperature Increase – CO₂ Coalition](https://arxiv.org/abs/2406.07392); <http://arxiv.org/abs/2406.07392>)

[2] R. Lindzen, W. Happer and S. Koonin, "Fossil Fuels and Greenhouse Gases (GHGs) Climate Science" (April 2024), p. 3, [Lindzen-Happer-Koonin-climate-science-4-24.pdf](https://www.co2coalition.org/publications/lindzen-happer-koonin-climate-science-4-24.pdf) (CO₂coalition.org)

[3] R. Bryce, "Powering the Unplugged: Overcoming the Barriers to Electrification in the Developing World" (2023).

[Download Net Zero Policies Will Have a Trivial Effect on Temperature, But Disastrous Effects on People Worldwide here](#)

Autoren: Richard Lindzen, Professor of Earth, Atmospheric, and Planetary Sciences, Emeritus
Massachusetts Institute of Technology

William Happer, Professor of Physics, Emeritus, Princeton University

Link:

[https://CO₂coalition.org/publications/net-zero-policies-will-have-a-trivial-effect-on-temperature-but-disastrous-effects-on-people-worldwide/](https://CO2coalition.org/publications/net-zero-policies-will-have-a-trivial-effect-on-temperature-but-disastrous-effects-on-people-worldwide/)


Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Schwimmender Windpark machte voriges Jahr 30 Millionen Pfund Verlust

geschrieben von Chris Frey | 6. Oktober 2024

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

Dies ist ein absolutes Desaster für Milibands Ziel der schwimmenden Windkraftanlagen:

 **Andrew Montford**
@aDissentient

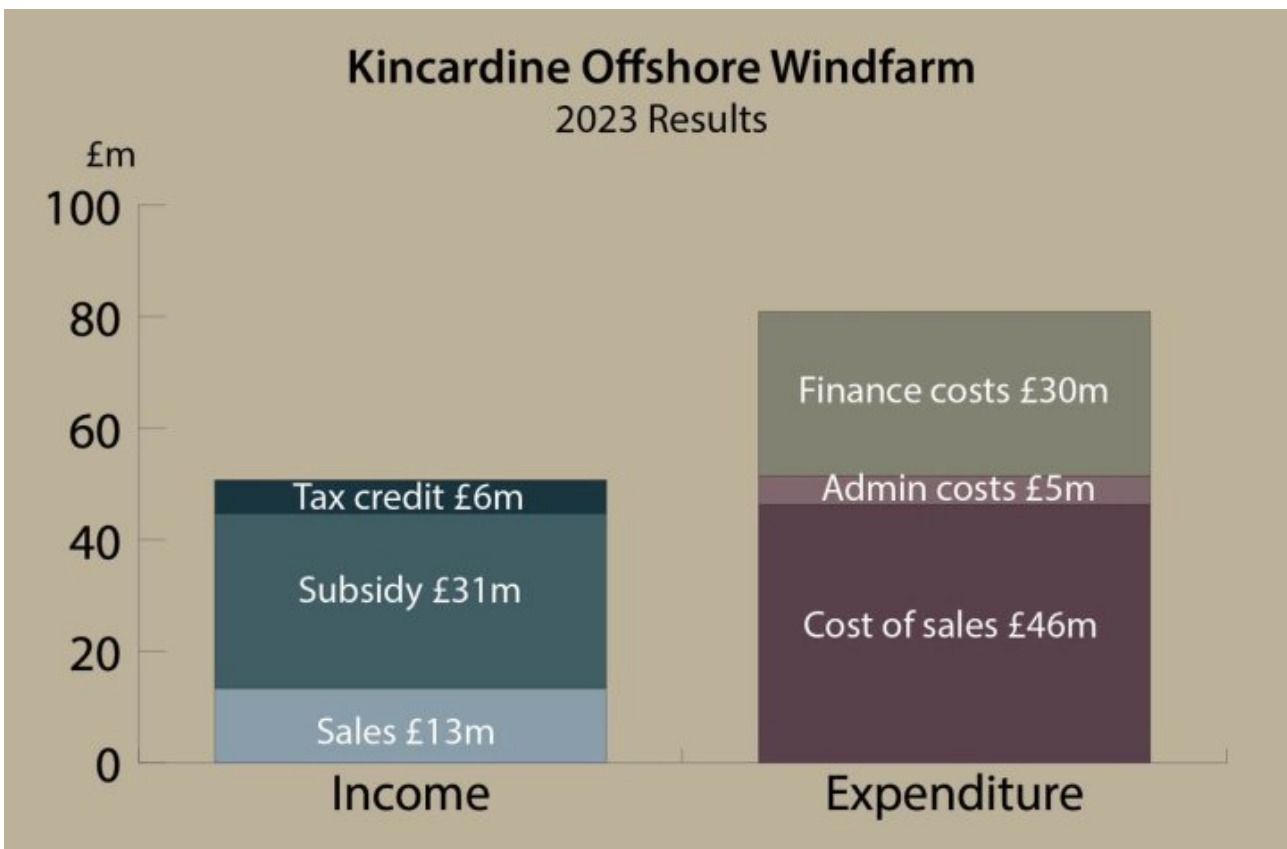
The 2023 financial results for the UK's most up-to-date floating windfarm - Kincardine - are out. Its bottom line loss for the year is £30m. This is a financial disaster.

Floating wind is a key part of the future of Net Zero, or so Mr Miliband and Mr Starmer believe.

Übersetzung: Die finanziellen Bilanzen für den aktuellsten schwimmenden Windpark in UK – Kincardine – liegen jetzt vor. Unter dem Stroich verzeichnete man im vorigen Jahr einen Verlust von 30 Millionen Pfund. Das ist eine finanzielle Katastrophe.

Schwimmende WKA sind ein Eckpunkt der Zukunft von Net Zero – oder so ähnlich glauben es Mr. Milliband und Mr. Starmer.

<https://x.com/adissentient/status/1840690466477535685>, which generated



Kincardine erzeugte im vergangenen Jahr 144 GWh, so dass sich die Gesamtkosten auf 562 £/MWh belaufen.

Das Unternehmen hat eine PPA abgeschlossen, die 13,3 Mio. £ bei 92 £/MWh einbrachte. Hinzu kommen die ROC-Subventionen in Höhe von 217 £/MWh.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/10/01/floating-wind-farm-lost-30m-last-year/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Ein für alle Mal: Schluss mit den Subventionen für „grüne“ Energie!

geschrieben von Chris Frey | 6. Oktober 2024

Vijay Jayaraj

Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen stellt sich die Frage, warum die USA weiterhin Milliardenbeträge zur „Abwendung“ einer erfundenen Klimakrise an Länder verschenken, die kaum Interesse daran haben, sich an dieser Scharade zu beteiligen und darüber hinaus Almosen anzunehmen.

Die Vereinigten Staaten haben einen bedeutenden Beitrag zu globalen Klimainitiativen geleistet, vor allem durch ihre Beteiligung am Pariser Abkommen.

Auf der 15. UN-Klimakonferenz im Jahr 2009 [verpflichteten](#) sich die reichen Länder, bis 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar an Klimafinanzierung bereitzustellen, um die Entwicklungsländer bei der „Bekämpfung“ des Klimawandels zu unterstützen. Dieses Ziel sollte laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erstmals 2022 erreicht worden sein.

Da die USA die größte Volkswirtschaft der Welt sind, wurde erwartet, dass sie einen großen Teil des Green Climate Fund ([GCF](#)) unterstützen, was zu einer Zusage von 3 Milliarden Dollar führte.

Der GCF ist nach eigenen Angaben der „weltweit größte spezielle Klimafonds“ mit einem Portfolio im Wert von 12 Milliarden Dollar bzw. 45 Milliarden Dollar, wenn man die Mitfinanzierung von Projekten einbezieht. Laut der [GCF-Website](#) sorgt der Fonds für „transformative Klimamaßnahmen in 140 Ländern“, um den „durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg deutlich unter 2 Grad Celsius“ zu halten.

Worauf man antworten könnte: Papperlapapp! Keine „Klimamaßnahme“ wird eine signifikante Auswirkung auf die Temperaturen haben, und die zitierten 2 Grad spielen für die Umwelt ohnehin kaum eine Rolle. Klimapolitische Maßnahmen „**werden sich nur geringfügig auf die Temperatur auswirken, aber katastrophale Auswirkungen auf die Menschen weltweit haben**“, so das Fazit einer kürzlich veröffentlichten [Studie](#) von Dr. Richard Lindzen und William Happer vom Massachusetts Institute of Technology bzw. der Princeton University.

Außerdem blüht die Erde entgegen den Weltuntergangsprognosen in vielerlei Hinsicht auf. Die weltweite Armut ist in den letzten Jahrzehnten drastisch [zurückgegangen](#), und die landwirtschaftlichen Erträge sind zum Teil aufgrund des höheren CO₂-Gehalts in der Atmosphäre erheblich [gestiegen](#). Naturkatastrophen – die oft als Beweis für den Klimawandel angeführt werden – fordern [weniger](#) Todesopfer als je zuvor, trotz des Bevölkerungswachstums und der Entwicklung entlang der Küsten und anderer gefährdeter Gebiete.

Die Empörung darüber, dass Steuergelder in das Klima-Rattenloch fließen, wird durch die Tatsache verstärkt, dass zu den Empfängern von GCF-Zuschüssen auch China und Indien gehören, die weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen, die ihren Verbrauch an fossilen Brennstoffen rapide [steigern](#). In der Zwischenzeit versuchen die USA mit ihrer schwachsinnigen Politik, die Nutzung dieser erschwinglichen und reichlich vorhandenen Brennstoffe zu reduzieren – zum Nachteil der Haushaltsbudgets, der Rentabilität der Unternehmen, der Zuverlässigkeit der Stromnetze und der nationalen Sicherheit.

Anstatt also Milliarden in internationale Klimaprojekte zu stecken, sollten die USA ihre eigene Energiesicherheit in den Vordergrund stellen. Das bedeutet, dass sie ihre Öl-, Kohle- und Erdgasvorkommen ausbauen und Partnerschaften mit zuverlässigen Verbündeten wie Kanada stärken sollten.

Die riesigen Erdgasvorkommen der USA wurden durch fortschrittliche Fördertechnologien wie Hydraulic Fracturing und Horizontalbohrungen erschlossen und machen das Land zu einem der weltweit führenden Produzenten. Dieser Reichtum kann eine zuverlässige und kosteneffiziente Energieversorgung für andere Nationen sicherstellen und die Abhängigkeit der USA von ausländischen Quellen verringern, was die nationale Sicherheit erhöht.

Die [unstete](#) Natur von Wind- und Solarenergie – beides Lieblinge des GCF – erfordert Reservestromquellen oder massive Batteriespeichersysteme, die mit eigenen ökologischen und wirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Die für Batterien benötigten Materialien werden zum Beispiel oft in Regionen mit schlechter Umweltbilanz oder durch [Kinderarbeit](#) abgebaut.

Im Gegensatz dazu unterliegt die moderne Gewinnung fossiler Brennstoffe in den USA und Kanada einigen der strengsten [Umweltvorschriften](#) der

Welt. Ironischerweise verursachen die USA durch die [Auslagerung](#) der Energieproduktion in weniger regulierte Länder im Namen der Umweltfreundlichkeit“ weltweit viel mehr [Umweltschäden](#).

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine und die anschließende Energiekrise in Europa haben die Gefahren der Energieabhängigkeit deutlich gemacht. Die europäischen Länder, die zu wenig in die Infrastruktur für fossile Brennstoffe investiert hatten und auf russisches Gas angewiesen waren, befanden sich in einer prekären Lage.

Dieses Beispiel allein genügt den USA, um ihre Prioritäten neu zu setzen. Die Förderung gescheiterter und größtenteils unerwünschter „grüner“ Politik sollte durch eine aggressive Entwicklung fossiler Brennstoffressourcen sowie der Kernkraft und den Aufbau robuster Energiepartnerschaften mit Verbündeten ersetzt werden.

This commentary was first published at [Daily Caller](#) on September 19, 2024.

[Vijay Jayaraj](#) is a Science and Research Associate at the [CO₂ Coalition](#), Arlington, Virginia. He holds a postgraduate degree in energy management from Robert Gordon University and an M.S. in environmental sciences from the University of East Anglia, both in the U.K., and a B.S. in engineering from Anna University, India.

Link:

<https://cornwallalliance.org/scrap-green-energy-handouts-once-and-for-all/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE